DIE LINKE.

AUSGABE 09/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Sofortinfo aus dem KV	2
Solidarität	3
Bürgermeisterwahl Lützen	*4*
Politische Bildung	5
Arzneimittel	8
Ehe für Alle	*9*
Schulabschlüsse prekär	10
Kommunalpolitik	*11*
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Weiter so!

Der **Startschuss für unseren Wahlkampf** fiel am 10. August in Naumburg. Auf eine ziemlich linke Tour haben wir viel Aufmerksamkeit erregt. Zuerst mit der politisch geschmückten Naumburger Straßenbahn. Unser Kurzwahlprogramm war in den Fenstern für viele Fahrgäste sichtbar. Unterwegs ausgeschwärmt, sind wir mit Naumburger*innen ins Gespräch gekommen. Und wer uns am Mittag nicht bemerkt hatte, konnte uns am Nachmittag auf dem Markt in Naumburg weder übersehen noch überhören. Auch die Sternradtour der LINKEN aus den benachbarten Wahlkreisen liegt hinter uns: geradelt, gesteckt, diskutiert, gegrillt und Spaß gehabt.

Und der nächste Höhepunkt folgte: **DIETMAR BARTSCH KOMMT!** Am 24. August war Dietmar Bartsch mit uns unterwegs im Burgenlandkreis. In Hohenmölsen präsentierten wir uns auf dem Roten Sofa, in Naumburg haben wir unsere politischen Forderungen auf dem Markt kundgegeben und in Weißenfels waren wir Gast beim Schlossfest. Und so soll es weitergehen. Im Kreiswahlbüro und auch in vielen Orts- und Basisgruppen sind Ideen entstanden, um Politik und Spaß miteinander zu verbinden. Wir werden **"Kochen mit der LINKEN"** : in Droyßig und in Hohenmölsen. Leckere Kartoffelsuppe macht es leichter, miteinander zu diskutieren. Auch im **"Haustürwahlkampf"** werden wir uns versuchen: in Droyßig und in Lützen. Es ist nicht jedermanns Sache, aber es ist eine Gelegenheit, viel zu lernen über das, was Menschen im Burgenlandkreis bewegt - auch für uns selbst ist es also ein spannendes Vorhaben.

Wir werden mit dem Auto durch viele Gemeinden fahren, um **mit der "Flüstertüte"** über uns und unsere Politik zu informieren. Zwischendurch gibt es Pausen, um mit den Bauchläden auszuschwärmen. Beliebt sind allemal kleine süße Sachen, Kugelschreiber, Feuerzeuge. Und nebenbei kann man da schon mal unsere kleinen Wahlprogramme überfliegen. Auch der klassische Infostand ist immer wieder eine gute Gelegenheit, auf Leute zuzugehen und über Politik zu erzählen. Manchmal gelingt es dabei, über Gott und die Welt ins Gespräch zu kommen. Unseren Wahlkampf kann man auch im Internet verfolgen: auf Facebook, Twitter und auf unseren Internetseiten.

Also Ideen gibt es viele, die Tage sind gefüllt. So stelle ich mir Wahlkampf vor, effektiv, aufreibend und immer mit einer Portion Spaß und Humor. Und wenn jetzt jemand so richtig Lust verspürt mitzumachen: Wöchentlich gibt es einen Newsletter. Dort findet ihr Rückblicke, Ausblicke, Termine und Treffpunkte.

Gerechtigkeit verbindet,
Bildung macht stark!

Birke Bull-Bischoff
Direktkandidatin im Wahlkreis 73
Burgenland -Saalekreis

DIE LINKE.

Newsletter:

Sofortinformation an die Vorsitzenden der Basisorganisationen

Am 21. August 2017 fand in Naumburg eine Kreisvorstandssitzung statt. Es waren 6 von 8 KV-Mitgliedern sowie Gäste anwesend.

Die Kontrolle des Protokolls vom 15.06.2017 ergab keine Beanstandungen.

Zu TOP 2 zog Gunter Schneider das Resümee bisheriger Termine und verwies auf den Wahlkampfkalender. Er bat um breite Mobilisierung unter der Genossenschaft für den Bartsch-Aktionstag am 24.08.2017 in Hohenmölsen und Naumburg. Nächste Beratung des KWB ist am 7.9.2017. Bitte unbedingt auf das Werbeverbot an den Briefkästen achten.

Lars Bryzk informierte über das Sommerfest am 2.9.2017 am Bootsverleih in Weißenfels 11.00 – 16.00 Uhr, Schlechtwettervariante ist nicht vorgesehen, Beach-Ball-Turnier mit Sabine Krems, Kinderschminken, Peter-Sodann-Buchstand, Disko durch Silvan Arndt, Getränke und Versorgung sind abgesichert, kostenloses Bootfahren, Einladungen werden per E-Mail und als Karten verschickt! Info von Lars auch zur Bürgermeisterwahl in Lützen - 10 Kandidaten bis zum jetzigen Tag, 28.08. Bewerbungsschluss, 29.08. Bestätigung der Kandidaten, Plakate werden zusammen gehangen für BT-Wahl und BGM-Wahl, Infostände und Co ab nach dem 29.08., es sind 4 Dörfertouren geplant.

Katja Bahlmann informierte zur Bürgermeisterkandidatur in der Elsteraue – Petra Hörning hat laut Information von Karin Denk an den KV ihre Bewerbung nicht abgegeben, der Kreisvorstand hat mit Beschluss 01/21082017 den gefassten Unterstützungsbeschluss für Petra Hörning einstimmig aufgehoben. Mit Beschluss 02/21082017 wurden Genossin Kora Brandner und Roland Claus gebeten das Gespräch mit Petra Hörning zu suchen.

Zu TOP 4 – Vorbereitung Kreisparteitag – Der geschäftsführende Kreisvorstand wurde beauftragt, ein Konzept sowie die Tagesordnung für den Kreisparteitag am 21.10.2017 zu erarbeiten. Adelheid Fleischauer wird an den Bericht der Finanzrevisionskommission erinnert.

TOP 5 – Änderungsantrag zur Geschäftsordnung – die Geschäftsordnung wurde mit Beschluss 03/21082017 geändert – siehe Anlage!

TOP 6 – Information zu beitragssäumigen Mitgliedern - Die Beitragssäumigkeit der Mitglieder konnte weiter abgebaut werden. Auf die 10 Anschreiben an Genossen gab es nur eine Reaktion der Betragsnachzahlung. Zum Vorgehen mit den Genossen, die nicht auf das Anschreiben reagiert haben, wird der Kreisvorstand sich in der nächsten Sitzung im Oktober verständigen. Die Unregelmäßigkeiten in der Betragsabführung der BO Hohenmölsen wurden weiter um ca. 300 Euro abgebaut. Zur Oktobersitzung wird erneut die Liste der Beitragssäumigen vom Land abgefordert um den Rückgang einzuschätzen.

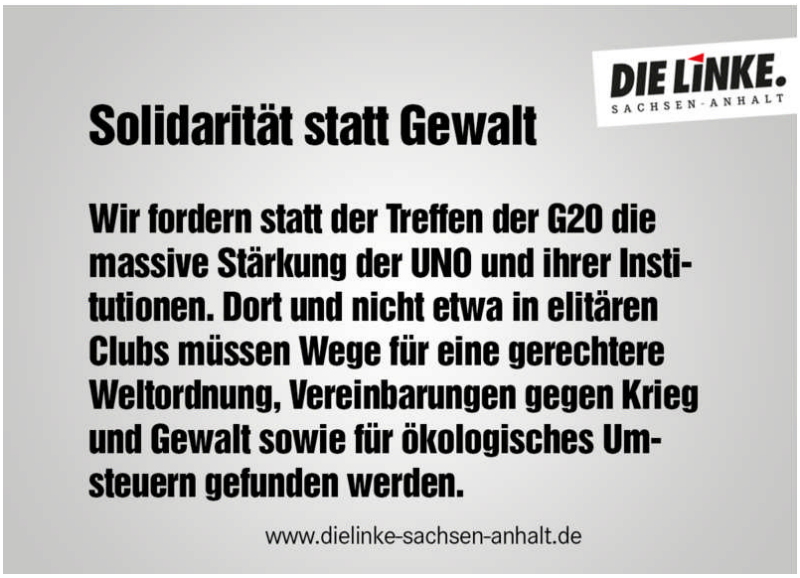
TOP 7 – Sonstiges - Aufgrund des aufgehobenen Beschlusses zur Benennung der Basisorganisationen im Burgenlandkreis wurde ein erneuter Beschluss gefasst: Beschluss 04/21082017 - Der Kreisvorstand stellt fest, dass der Kreisverband Burgenlandkreis zum heutigen Zeitpunkt aus 10 Basisorganisationen besteht. Der Kreisvorstand beschließt die folgende Benennung der Basisorganisationen: BO Bad Kösen, BO Droyßiger-Zeitzer Forst, BO Elsteraue, BO Hohenmölsen/Lützen, BO Naumburg, BO Stadt Teuchern, BO Unstruttal-Finne (lt. Beschluss), BO Stadt Weißenfels, BO Wethautal, BO Stadt Zeitz. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Damit sollten nunmehr Unklarheiten ausgeräumt sein.

Ende der KV-Sitzung: 19:47 Uhr

Die nächste planmäßige Kreisvorstandssitzung findet am 19.10.2017 in Zeitz statt. Dazu werden die BO-Vorsitzenden mit eingeladen – der Kreisvorstand wünschte sich hier mehr Resonanz aus den BOen.

Solidarität statt Gewalt

Von Andreas Höppner



Wir fordern statt der Treffen der G 20 die massive Stärkung der UNO und ihrer Institutionen.
Dort und nicht etwa in elitären Clubs müssen Wege für eine gerechtere Weltordnung, Vereinbarungen gegen Krieg und Gewalt sowie für ökologische Umsteuerungen gefunden werden.

Wir, DIE LINKE, sind mit 80.000 Menschen friedlich, laut und bunt für "Grenzenlose Solidarität" und gegen die Politik der Trumps, Erdogans, Putins und Merkels auf die Straße gegangen, denn deren Politik bringt diese Welt sozial und ökologisch an den Rand der Existenz. Wir fordern statt der Treffen der G20 die massive Stärkung der UNO und ihrer Institutionen. Dort und nicht etwa in elitären Clubs müssen Wege für eine gerechtere Weltordnung, Vereinbarungen gegen Krieg und Gewalt sowie für ökologisches Umsteuern gefunden werden.

Leider wurden die Proteste für eine bessere Welt durch sinnentleerte Gewalt überschattet. Diese Gewalt kritisieren wir aufs Schärfste. Es ist kein politischer Protest, Autos anzuzünden und Geschäfte zu plündern, das sind Straftaten. Zudem schaden diese Taten dem Anliegen der vielen Menschen, die friedlich für eine solidarische Veränderung gegen die Politik der G20 demonstriert haben. DIE LINKE ist hier klar und eindeutig.

*Zugleich war die Einsatzstrategie von SPD-Innensenator Andy Grote und Polizei-Einsatzleiter Hartmut Dudde ein Desaster. Die Verbote von Camps und die Behinderung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit gehen auf ihr Konto. Jede*r Verletzte, egal ob bei der Polizei oder bei den Demonstrierenden, ist ein*e Verletzte*r zu viel und leider auch ein Ausdruck einer ganz offenkundig gescheiterten Einsatzstrategie der Polizei.*

Mein erstes Mal - Haustürwahlkampf in Droyßig

Haustürwahlkampf ist nicht jedermanns Sache. Es ist schon eine Herausforderung, an fremden Türen zu klingeln, um mit den Menschen hinter den Fenstern ins Gespräch über Politik, Gott und die Welt zu kommen. Es war Zeit, ins kalte Wasser zu springen und es einfach mal auszuprobieren. Ich habe eine Menge gelernt, darüber, was Menschen bewegt , wie ihre Sicht auf Politik ist und welche Ansprüche sie an Politik haben.

„Gemeinsam Lützen gestalten. fördern. stärken. Lars Brzyk, Ihr Bürgermeisterkandidat für Lützen“

Von Daniela Müller– Interwiev

Am 24. September sind Bundestagswahlen. Dessen sind wir uns alle bewusst. Aber auch Lützen wählt; und zwar den neuen Bürgermeister. Lars Brzyk stellt sich der Wahl und erhofft sich Chancen auf den Stuhl. Denn die Karten mischen sich bei dieser Wahl neu; der amtierende Bürgermeister Dirk Könnecke, parteilos, tritt nicht noch einmal an.

Lars Brzyk, 32 Jahre jung und Bäckermeister, ist bereits seit 12 Jahren stark mit der Kommunalpolitik verbunden. Ob als Stadtratsmitglied von Weißenfels oder als Stadtvorsitzender von Weißenfels der LINKEN, er kennt sich mit den Belangen einer Stadt aus. Doch was hat ihn bewogen, für Lützen in den Ring zu steigen?
„Seit ich im Stadtrat sitze, habe ich mich enorm weiterentwickelt. Aus einem politischen Greenhorn wird da schnell jemand, der sich auskennen muss. Was der Stadtrat versemmelt, wird letztlich der Bürger ausbaden müssen. Mit dieser Philosophie möchte ich jetzt vom prüfenden Organ zum gestaltenden Organ wechseln; einfach die Perspektive ändern. Somit kann ich direkt für die Stadt und den Bürger tätig sein und dazu beitragen, dass alle gut leben können. Mehr links geht nicht (lacht).“

Seine Ziele steckt der gebürtige Weißenfelser hoch. So möchte er aus Lützen einen rentablen und lukrativen Wirtschaftsstandort machen. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Braunkohlequelle einmal versiegt sein wird bzw. vor einem politischen Hintergrund gar bald das Handtuch werfen muss. Was plant der Jungunternehmer in dieser Hinsicht?
„Ich stelle mir vor, aus Lützen einen Standort für innovative Unternehmen zu gestalten. Die Bundespolitik und darüber hinaus fordert es bereits, wir müssen unsere Umwelt schonen und Ressourcen sparen. Ich werde mich für Investoren einsetzen, deren Unternehmensphilosophie genau das ist und vielleicht sogar Produkte produzieren, die unser aller Leben bereichert und dabei auf erneuerbare und regenerative Energien zurückgreift.“

Ein weiterer wichtiger Einnahmezweig der Stadt ist der Tourismus. Die Stadt ist geschichtsträchtig. Der Schwedenkönig Gustav Adolf verlor in der Schlacht bei Lützen 1632 sein Leben. Lützen räumte ihm zu Ehren eine Gedenkstätte ein, die nicht nur von Touristen aus der Umgebung besucht wird. Doch kann EINE Gedenkstätte den Tourismus der Stadt aufwerten?
„Ich setze hier auf ein völlig neues Kulturkonzept. Wir haben einige Sehenswürdigkeiten wie das Schloss oder das Rathaus und natürlich eben Gustav Adolf. Aber auch Nietzsche gehört zu Lützen. Ich möchte das Kulturangebot breiter fächern und den Bürgern sowie den Touristen ein stärkeres Angebot anbieten. Es soll mehr Lesungen und Veranstaltungen geben. Ich möchte mich verstärkt um etablierte Angebote bemühen. Zum Beispiel wird ‚Women in Jazz‘ in Bad Lauchstädt aufgeführt. Warum nicht auch in Lützen. Wir sind eine idyllische Stadt mit vielen Facetten und Sehenswürdigkeiten. Wir müssen uns nur zeigen.“

Du sprichst bereits von ‚wir‘. Hat sich da bereits eine Identifikation mit Lützen ergeben?
„Unbedingt. Ohne dem geht es nicht. Ich werde die oberste Vertretung der Stadt sein. Ein Genosse und guter Freund hat mir ein Buch zur Geschichte von Lützen geschenkt, das liegt neben meinem Bett und begleitet mich allabendlich in den Schlaf. Ich werde die Stadt wie meine Westentasche kennen. Ich freue mich darauf, ‚unser Lützen‘ offiziell sagen zu dürfen (lacht).“

Wirtschaft, Kultur, da fehlen nur noch die Kinder.
„Ja, die Förderung der Jugend liegt mir speziell sehr am Herzen. Ich bin selber im Sport engagiert und finde es wichtig, unserer Jugend Werte und Regeln zu vermitteln. Das alles kann man gut in einem Verein lernen. Es muss nicht immer Sport sein. Manche Kinder haben auch andere Talente, die gefördert werden sollten. Und in einer Gemeinschaft etwas bewegen, werden viele Kinder als ein Erfolgserlebnis begreifen, welches sie ewig prägt. Die Gemeinschaft, das liegt in unserer Natur. Deswegen stehe ich für die Vereinsförderung ein. Auch für die Älteren möchte ich hier etwas anbieten. Ein jeder soll sich wiederfinden.“

Lützen setzt sich als Stadt aus eben der Stadt Lützen sowie umliegenden Ortschaften zusammen. Viele Bürger beschweren sich, dass ihre Meinung nicht zählt und über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Sie leben eben nur am ‚Ortsrand‘. Wird das Probleme geben?
„Ich werbe für mich mit dem Slogan ‚Gemeinsam‘. Und das meine ich auch. Ich zähle auf die Ortsbürgermeister und erhoffe mir hier eine konstruktive Zusammenarbeit. Ich möchte mit den Bürgern die Stadt Lützen gestalten und ihnen nicht etwas überstülpen. Das bin ich nicht! Ich werde häufig draußen vor Ort sein und wenig am Schreibtisch sitzen. Das vermittle ich auch in meiner Wahlkampftour. Ich bin ein Bürgermeister zum Anfassen und man kann mit mir auch mal ein Bier trinken und sagen, wo der Schuh drückt. Ich werde darauf eingehen.“

Produktivkräfteentwicklung, Industrierevolution und die Zukunft der Gesellschaft

Von Winfried Steffen

Politische Bildung, Teil 42 - Schlussteil

Im 21. Jahrhundert steht die Menschheit angesichts der Begrenztheit der Naturressourcen, des globalen Klimawandels, der weiteren Zunahme der Zahl der Erdbewohner und des demografischen Wandels (wachsende Lebenserwartung und Geburtenrückgang in den hochentwickelten Ländern) vor Herausforderungen, die in dieser Weise noch nie bestanden haben. Daraus resultiert das zwingende Erfordernis, in einer derart rationalen Weise zu wirtschaften, dass auch für künftige Generationen die erforderlichen Voraussetzungen für eine akzeptable, erträgliche Lebensqualität bestehen.

Nach Ansicht nicht weniger Wissenschaftler treten wir gegenwärtig in eine Phase ein, die als Industrie 4.0 bezeichnet wird. Ihr zentrales Wesensmerkmal besteht in der Digitalisierung. Diese vierte Phase der industriellen Revolution muss genutzt werden, um die genannten Herausforderungen zu bewältigen. Andernfalls könnte sonst das Ende jeglicher Industrie und Gesellschaftsexistenz bevorstehen.

Digitalisierung beinhaltet zahlenmäßige Darstellbarkeit, auch in Stufen, ermöglichst die Wiedergabe einer veränderlichen Größe, beispielsweise der Zeit in Einzelschritten. Digitalisierung ermöglicht Informationen in Gestalt elektronischer Signale zu speichern, zu verarbeiten, zu vernetzen. Vernetztes ist auch jederzeit abrufbar. Mittels der Digitalisierung können jegliche Prozesse einschließlich der Produktionsprozesse rationalisiert und optimiert werden. Das ermöglicht, die lebendige Arbeit (direkte gezielte Tätigkeit des Menschen) in vielen Arbeits– und Wertschöpfungsprozessen digital—mehr als vollwertig—zu ersetzen. Die Digitalisierung dieser Prozesse ist möglicherweise künftig die hauptsächliche Möglichkeit, die Arbeitsproduktivität weiter zu erhöhen.

Die Digitalisierung hat gravierende Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Ein beträchtlicher Teil der bisherigen Arbeitskräfte wird künftig freigesetzt werden. Andererseits erfordert die praktische Umsetzung der Digitalisierung hoch qualifizierte Akteure. Im digitalen Zeitalter wächst die Bedeutung der Bildung der Menschen auf ein bisher nicht gekanntes Maß an. Bildung wird unter diesen Bedingungen zur Hauptantriebskraft des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts. Bereits jetzt gibt es digital gesteuerte Züge und Kraftfahrzeuge. Moderne Roboter vermögen in vielen Bereichen—sogar in der Medizin und bei der Betreuung von Menschen in Altenheimen—präzisere Arbeitsvorgänge zu verrichten als Menschen. Im Handel und im Bankwesen kann künftig ein großer Teil der Arbeit von Robotern bestritten werden. Der Dienstleistungssektor wird durch die Digitalisierung revolutioniert werden.

Diese Veränderung der Arbeitswelt stellt die Sozialpolitik vor völlig neue Herausforderungen. Wenn in der materiellen Produktion die lebendige Arbeit weitgehend wegfällt, muss der Wertschöpfungsprozess auf andere Weise als bisher gesteuert werden; der Wertschöpfer wird nun faktisch der Roboter. Es sind Arbeitsmöglichkeiten (Jobs) in anderen Bereichen, beispielsweise im Dienstleistungs– und Betreuungsbereich, zu schaffen. Die Arbeitszeit ist zu senken. Das Lohn– und Gehaltsgefüge sowie die Altersversorgung sind so zu gestalten, dass allen Werktätigen eine angemessene, menschenwürdige Versorgung gewährleistet wird. Das wird eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren der Zivilgesellschaft, für den sozialen Frieden, ohne den auch der Finanzmarktkapitalismus nicht bestehen kann.

Gegenwärtig leben rund 7,1 Milliarden Menschen auf unserem Planeten. 2050 werden es rund 9,5 Milliarden Menschen sein. Angesichts dessen, wegen der Begrenztheit der Naturressourcen und aufgrund des im Gefolge der industriellen Revolution mit hervorgerufenen Klimawandels—auch wenn ihn US-Präsident Trump nicht wahrhaben will—ist es hohe Zeit, die daraus hervorgehenden Herausforderungen zur Kenntnis zu nehmen. Es gilt, die Nutzung fossiler Rohstoffe schnellstmöglich zu beenden und an deren Stelle

erneuerbare Energiequellen zu setzen. Rationeller Energieverbrauch ist Pflicht. Die landwirtschaftliche Produktion und der Umgang mit dem Wald sind so zu betreiben, dass jegliche weitere Verschlechterung des Bodens durch Abholzen, Monokulturen und Überdüngung mit Gülle und Mineraldünger vermieden werden, vielmehr eine Verbesserung angestrebt wird. Eine rationelle Abfallwirtschaft ist weltweit zu organisieren und ein entschiedener Kampf gegen jegliche weitere Verschmutzung der Weltmeere zu führen. Kurz gefasst, Nachhaltigkeit auf allen Gebieten ist vonnöten. Die Digitalisierung kann dabei von großem Nutzen sein.

Es ist an der Zeit, die Menschen über diese anstehenden Probleme gründlich in Kenntnis zu setzen. Bildung hat dabei eine unabdingbare, hilfreiche Schlüsselfunktion. Eine rational fundierte Politik und gebildete Menschen stellen die wichtigsten fundamentalen Voraussetzungen dar, damit auch künftige Generationen in einer qualitativ hochwertigen Zivilgesellschaft leben können.

1) Aust, Stefan, Digitale Diktatur, Econ, ein Verlag der Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2014

25 Jahre Rostock-Lichtenhagen - Erklärung von Andreas Höppner, Landesvorsitzender der Partei DIE LINKE in Sachsen-Anhalt

Im August 1992 griffen in Rostock-Lichtenhagen Neonazis die Unterkünfte von Asylbewerbern und vietnamesischen Vertragsarbeitern an. Die Täter randalierten mehrere Tage und Nächte lang. Sie zündeten die Wohnungen ihrer Nachbarn an. Sie bedrohten deren Gesundheit und Leben. Hunderte Nazis wurden angefeuert von Tausenden Schaulustigen. Polizei und Politik versagten beim Schutz der angegriffenen Menschen. Wenige Wochen später schränkte der Bundestag im Angesicht der Ereignisse das Grundrecht auf Asyl ein. Mit dieser Gesetzänderung wurde der Rahmen legaler Möglichkeiten zur Einwanderung in die Bundesrepublik erheblich eingeschränkt.

Die Pogrome in Rostock waren einer der Höhepunkte der rassistischen Gewaltwelle der 1990er Jahre. Die organisierte Neonaziszene frohlockte über den Beginn einer revolutionären Erhebung. Die zeitweilige Kapitulation der Staatsgewalt und die Zustimmung breiter Bevölkerungsschichten bestärkte junge Rassisten auf ihrem Weg der Radikalisierung. Unter dem Eindruck der außerordentlichen Gewalt, des nationalistischen Taumels und der Todesopfer in den Neunzigerjahren, politisierten sich allerdings auch junge Antifaschistinnen und Antifaschisten sowie andere Engagierte. In der Minderheit, aber unbeirrbar, kritisierten Einzelne die Verharmlosung rechter Gewalt. Der Diskurs in der Öffentlichkeit und der Politik veränderten sich langsam. Ein Jahrzehnt später etablierten sich allmählich die Förderprogramme für Demokratiearbeit und die Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt. Bis heute unterliegen sie dem politischen Willen einer immer wieder neu zu beantragenden und zeitlich begrenzten Projektförderung – wobei längst klar sein muss, dass sie dauerhaft angelegt sein müssen.

Seit der Aufnahme Hunderttausender Geflüchteter im Jahr 2015 zeigt Deutschland ein vielschichtiges Gesicht. Die Gewalt gegen Migranten und die Asylunterkünfte steigt wieder rasant. Die rechte Parteienlandschaft hat sich verändert und mit ihr die politische Repräsentanz in den Parlamenten. Gleichzeitig sind Tausende offen und solidarisch an der Seite von Menschen, die zu uns kommen müssen oder wollen. Der Diskurs in den Medien ist vielstimmig, eine neue Konfliktlinie ist zwischen klassischem Journalismus und den sozialen Medien entstanden.

Wir erinnern uns an Rostock-Lichtenhagen, wir erinnern an die Todesopfer von Mölln, Solingen, Dessau, Halberstadt, Magdeburg und all den anderen Orten. Die Würde jedes Menschen ist zu achten und zu verteidigen, denn Rassismus tötet. Bis heute genießen Neonazis staatliche Rückendeckung, bis heute gilt der Quellenschutz den Geheimdiensten mehr als die Aufklärung der Taten des NSU und anderer faschistischer Netzwerke. Mit einer Verschärfung des Asylrechts in Europa und in Deutschland wird der Argwohn gegen Fremde mehr, die Not größer, aber die Terrorgefahr nicht weniger. Die Erinnerung mahnt alle politischen Akteure, niemals der Ausgrenzung von Menschen das Wort zu reden. Rostock-Lichtenhagen war ein gefährliches Zusammenspiel zwischen Öffentlichkeit und Rassisten, mit direkter Gewalt und politischem Versagen. Mit der Verharmlosung der Ereignisse in Charlottesville legt US-Präsident Trump weitere geistige Brandsätze. Trumps unsäglicher Kurs ist Rückenwind für alle Rassisten und Rechten dieser Welt sein. Dieses Verhalten schürt Hass. Solche Aussagen spalten das Land, so wie auch die AfD versucht, die Gesellschaft durch angebliche Tabubrüche weiter zu spalten.

DIE LINKE kämpft weiter gegen Alltagsrassismus, Neonazismus, Demokratiefeindlichkeit und Ideologien der Ungleichwertigkeit. DIE LINKE steht für eine solidarische Gesellschaft ein. In der Wiederherstellung des Sozialstaates sehen wir eine wichtige Grundlage gegen Hass und Gewalt. Denn Ausgrenzung kann auf viele Arten erfolgen, in Worten und Taten. Die obszöne Bevorteilung von Reichen und die Unterprivilegierung von Armen spaltet wie Rassismus und Sexismus eine Gesellschaft. Chancengleichheit bei Bildung, Arbeit und Gesundheit, mehr Gerechtigkeit bei der Steuer- und Lohnpolitik, Teilhabe an Kultur verbindet.

Vor 55 Jahren wurde Helmut Kohl Bundeskanzler

Von Winfried Steffen

Im Jahresverlauf 1962 zogen in Wirtschaft und Politik der BRD einige größere Probleme herauf. Die AEG Telefunken, zweitgrößter bundesdeutscher Elektrokonzern nach Siemens, geriet in empfindliche Zahlungsschwierigkeiten. Dieser Umstand stellte den Höhepunkt einer Pleitewelle in der Wirtschaft dar, die dann auch Großbritannien erfasste. Im ersten Halbjahr 1982 mussten 5.656 Unternehmen Konkurse oder Vergleiche anmelden. Davon betroffen war u.a. die Pelikan AG in Hannover, der größte Büroartikelhersteller der Bundesrepublik. Am 30. August musste die deutsche Wienerwald GmbH Vergleich anmelden. Auch Tochterfirmen der AEG gerieten in Zahlungsschwierigkeiten, am 16. August die Knüppersbusch AG in Gelsenkirchen, am 17. August die Hermann Zenker Maschinenfabrik in Tübingen und die Carl Neff GmbH in Bretten.

Die durch Überschuldung verursachte Zahlungsunfähigkeit bei AEG-Telefunken war bis dahin die größte Insolvenz der deutschen Nachkriegsgeschichte. Ursächlich reichte sie bis in die sechziger Jahre zurück. Man hatte in großem Umfang Hausgerätefirmen aufgekauft—für fast drei Milliarden DM—und nicht in zukunftsträchtige Technologien investiert. Schon 1974 betrug das Defizit des Konzerns 664 Millionen DM. Notwendig wurden Kredite durch Banken, abgesichert durch ein Darlehen der Bundesregierung.

Auf diesem Hintergrund kam es zu dramatischen Ereignissen. Innerhalb der SPD/FDP-Koalition ergaben sich tiefgehende Auseinandersetzungen um den Haushaltsentwurf 1963, um Sparmaßnahmen, für die Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) sich positionierte. Außerdem fürchtete die FDP das Absinken in der Wählergunst. Die Sparmaßnahmen belasteten das soziale Netz der Bundesrepublik.

Bundeskanzler Helmut Schmidt wollte in einer Regierungserklärung die FDP-Minister Hans-Dietrich Genscher. Gerhard Baum und Graf Lambsdorff zum Rücktritt auffordern und mit einem Minderheitskabinett weiterregieren—bis zu Neuwahlen. Doch er wurde zuvor überrascht durch den Rücktritt der FDP-Minister am 17. September 1982. In dieser Situation entschied sich die FDP auf Initiative von Hans-Dietrich Genscher—er war Vizekanzler und Außenminister in der sozialliberalen Koalition—für den politischen Frontwechsel. Er erklärte die Bereitschaft, eine Regierungskoalition mit den Unionsparteien zu bilden. Damit war urplötzlich die 13-jährige Koalition mit der SPD, die Brandt und Scheel begründet hatten, beendet. Die politischen Uhren tickten nunmehr anders. Die CDU/CSU brachte in konstruktives Misstrauensvotum im Bundestag gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt ein. So wurde am 1. Oktober 1982 Helmut Kohl mit 256 Ja-Stimmen bei 235 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen zum sechsten Bundeskanzler gewählt. Die neue Koalition verfügte im Bundestag über 226 CDU/CSU– und 53 FDP-Abgeordnete.—Nicht alle FDP-Abgeordneten hatten den politischen Frontwechsel zu den Unionsparteien gutgeheißen und mitgemacht. Insbesondere die als Spitzenfunktionäre in der Fraktion tätigen Frauen—Ingrid Matthäus-Meier, Helga Schuchardt und Hildegard Hamm-Brücher—bekannten sich nachhaltig zur sozialliberalen Koalition.

So begann die 15-jährige Kanzlerschaft von Dr. Helmut Kohl. In seinem Kabinett wirkten seitens der FDP Hans-Dietrich Genscher als Vizekanzler und Außenminister, Otto Graf Lambsdorff als Wirtschaftsminister, Josef Ertl als Landwirtschaftsminister und Hans Engelhard als Justizminister. In seiner Regierungserklärung vom 27. Oktober 1982 rückte Kohl die Freundschaft mit den USA und die Einbindung der BRD in die NATO in den Vordergrund. Die Ergebnisse der unter Brandt und Scheel initiierten und von CDU/CSU äußerst scharf attackierten neuen Ostpolitik blieb unangetastet. In den Bereichen Umwelt und Datenschutz gab es weiterhin Differenzen zwischen den Koalitionspartnern. Die Finanzierung des Bundeshaushaltes sollte durch eine Erhöhung des Arbeitslosenbetrags und der Mehrwertsteuer gesichert werden. Wohngeld– und Kindergeldzahlungen wurden gekürzt.

Dass in der Zeit der Kanzlerschaft Helmut Kohls die staatliche Einheit Deutschlands durch die Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zustande kommen würde, war damals nicht abzusehen. Dazu bedurfte es der Bewegung vieler DDR-Bürgerinnen und –Bürger unter dem Motto „Wir sind das Volk“, der Weichenstellung von Gorbatschow und US-Präsident Bush Ende 1989 bei ihren Treffen auf Malta und der Nutzung der am Anfang des Jahres 1990 vorhandenen internationalen Möglichkeiten durch Bundeskanzler Helmut Kohl—zweifellos ein bedeutendes historisches Verdienst, für das ihm nach seinem Ableben hohe internationale Anerkennung zuteil wurde.

Arzneimittel als öffentliches Interesse – kurze und lange Wege aus der Kommerzfalle

Florian Schulze berichtet über das öffentliche Fachgespräch der Linksfraktion am 4. Juli in Berlin

Arzneimittel sind unverzichtbarer Bestandteil der modernen Medizin. Doch bekommen wir aus der kommerziellen Forschung die Arzneimittel, die wir für eine gute Versorgung brauchen? Gewährleisten die Zulassung und die Nutzenbewertung, dass neue Arzneimittel tatsächlich einen therapeutischen Fortschritt bringen? Was können wir gegen Phantasiepreise der Pharmaindustrie und für eine bessere Versorgung im globalen Süden tun? Und können oder müssen Arzneimittel und ihre Erforschung auch außerhalb der vorherrschenden Profitlogik gedacht werden?

Kathrin Vogler, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion, eröffnete die Veranstaltung mit der Frage, welche Maßnahmen sinnvoll und wirksam sein könnten, um in unserem solidarisch finanzierten Gesundheitssystem allen Patientinnen und Patienten die richtigen und hochwertigen Arzneimittel zur Verfügung zu stellen. Gehen Arzneimittel, deren Forschung und Vermarktung sich vor allem an der kommerziellen Verwertungsmöglichkeit ausrichten, am Bedarf der Menschen vorbei?

Prof. Dr. Wolf-Dieter Ludwig, Vorsitzender der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, stellte dar, dass zwar viele neue Krebsarzneimittel auf den Markt kommen, die vorliegenden Studien aber nicht ausreichen, um den therapeutischen Wert einzuschätzen. Diese Situation sei sehr bedenklich und auch vor dem Hintergrund der exorbitanten Preise nicht zu akzeptieren. Viele neue Arzneimittel würden keinen oder nur einen geringen Zusatznutzen aufwiesen - den Begriff Innovation dafür zu gebrauchen, wäre Unsinn.

Dr. Johanna Offe, Referentin für Grundsatzfragen bei der Hilfsorganisation Ärzte der Welt, legte am Beispiel der neuen Arzneimittel gegen Hepatitis C dar, wie hohe Medikamentenpreise langfristig die finanzielle Stabilität der Krankenkassen gefährden und auch in Europa erstmalig zu ökonomisch begründeten staatliche Beschränkungen in der medizinischen Behandlung führen.

Spring Gombe von der Drugs for Neglected Diseases Initiative (DNDi) ging auf die Auswirkungen hoher Arzneimittelpreise und einer Forschung im Interesse reicher Staaten auf die Versorgung im globalen Süden ein. Sie stellte die Arbeit von DNDi vor, die nichtkommerziell Arzneimittel gegen armutsassoziierte Erkrankungen entwickeln und berichtete auch über weltweite Versuche, die Gewinnlogik bei Arzneimitteln weltweit zu durchbrechen.

Dr. Christian Wagner-Ahlfs von der BUKO Pharmakampagne entwarf ein Zukunftsmodell, wie eine öffentlich finanzierte Pharmaforschung dem öffentlichen Interesse aussehen könnte. Als Ausblick schlug er einen multistaatlichen Forschungsfonds vor, bei dem auf Exklusivrechte wie Patente verzichtet wird.

Silke Helfrich vom commons network hob hervor, was Gemeingüter bzw. Commons ausmachen und regte mit vielen Querverweisen auf Arzneimittel und Forschung zu einem grundsätzlichen Umdenken an.
Danach entspann sich eine rege Diskussion mit dem Publikum, die Spring Gombe auf den Punkt brachte: „Die Lösung ist, groß zu denken, klein zu entscheiden und weiter an einem gesellschaftlichen Konsens zu arbeiten, und letztlich mit allen zu teilen, was der große Gedanke dahinter eigentlich gewesen ist.“
Wir unterstützen die Initiative »Wir speichern nicht!«. Die Initiative ist ein Netzwerk von Webseiten, deren Benutzung nicht personenbezogen nachvollzogen werden kann. Nach einer unabhängigen Prüfung wird linksfraktion.de als »speicherfrei« aufgelistet. Weitere Informationen unter wir-speichern-nicht.de.
Nach oben

Ehe für alle – so begrüßenswert wie überfällig

Zum Beschluss des Bundestags, die Ehe für homosexuelle Paare zu öffnen, erklären der Fraktionsvorsitzende Swen Knöchel und die gleichstellungspolitische Sprecherin Eva von Angern:

„Wir begrüßen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerinnen und Partner ausdrücklich. Die gleichberechtigte Anerkennung aller Lebensformen und Lebensgemeinschaften ist eines unser Kernanliegen. Dass die Ehe homosexuellen Paaren bislang vorenthalten blieb, stellte eine konkrete Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität dar. Es ist aus unserer Sicht völlig unverständlich, dass dieses wichtige Thema im Bundestag bereits 49mal zugunsten des Koalitionsfriedens vertagt wurde. Die heutige Entscheidung ist daher ein ebenso richtiger und wichtiger wie auch längst überfälliger Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Lebensentwürfen und sexuellen Identitäten. Auch hat die heutige Abstimmung gezeigt, welches Gestaltungspotential eine rot-rot-grüne Mehrheit im Bundestag über parteipolitische Grenzen hinweg entfalten kann. “

Petzolds Äußerungen zur „Ehe für Alle“: zutiefst entwürdigend und geschmacklos

Zu den Äußerungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Ulrich Petzold aus Lutherstadt Wittenberg, demzufolge die Ehe zwischen Homosexuellen vergleichbar sei mit der Ehe eines in Deutschland lebenden Muslimen mit einer Hauptfrau und mehreren Nebenfrauen und der Beziehung zwischen einem Menschen und einem Blindenhund, erklärt die gleichstellungspolitische Sprecherin Eva von Angern:

„Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt sind existenzielle Charakteristika einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Deshalb ist es für mich als klare Befürworterin der "Ehe für Alle" selbstverständlich, gegenteiligen Meinungen in dieser Frage mit Respekt zu begegnen. Doch dieser Respekt findet dort seine Grenze, wo die Würde des Menschen mit Füßen getreten wird. Diese Grenze hat der sachsen-anhaltische CDU-Bundestagsabgeordnete Petzold mit seinen Äußerungen zur "Ehe für Alle" mehrfach überschritten.

Der Vergleich der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren mit der Beziehung zwischen einem Menschen und einem Blindenhund ist zutiefst entwürdigend und geschmacklos.

Der Vergleich zwischen der Ehe für homosexuelle Paare und muslimischen Vielehen entbehrt sich nicht nur inhaltlich oder rechtlich jeglicher Logik, sondern versucht rassistische mit homophoben Ressentiments zu verknüpfen. Damit bewegt sich Petzold argumentativ auf einer Linie mit dem AfD-Spitzenkandidaten Gauland, der sich nach der Abstimmung und dem Ja zur "Ehe für Alle" ähnlich äußerte.

Ulrich Petzold täte gut daran, öffentlich und unmissverständlich um Entschuldigung zu bitten.“

Die Aktionswoche im Burgenlandkreis war ein voller Erfolg. Unter dem Motto „Den Mangel beenden“ waren wir in mehreren Städten und auf Dörfertour präsent, um die Bürgerinnen und Bürger auf den Lehrermangel in Sachsen-Anhalt, welcher auch im neuen Schuljahr wieder präsenter ist denn je, aufmerksam zu machen. Die Unterschriftensammlungen waren so erfolgreich, dass die notwendigen Stimmen zusammengekommen sind und sich nun der Landtag mit diesem Thema befassen muss. Danke an alle UnterstützerInnen.

Jeder 12. Jugendliche im Harzkreis ohne Schulabschluss

Sommerliche Ferienstille herrscht dieser Tage an den Schulen im Landkreis. Doch auch im Harzkreis beendet jeder 12. Jugendliche seine Schullaufbahn laut einer Caritas-Studie ohne Schulabschluss.

Harzkreis. Etwa jeder 12. Jugendliche im Harzkreis erreicht nach der aktuell veröffentlichten »Caritas-Bildungsstudie 2017« keinen Schulabschluss. Nach den jetzt komplett vorliegenden Daten des Jahres 2015 aus mehr als 400 Landkreisen und kreisfreien Städten haben bundesweit 47 435 Jugendliche die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Die Quote stieg auf 5,9 Prozent und lag damit über dem Niveau von 2014 (5,7). Der Harzkreis liegt mit einer Schulabbrecherquote, die von 6,9% (2014) auf 7,9% (2015) anstieg, deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Sachsen-Anhalt bildet mit 9,8% das Schlusslicht aller sechzehn Bundesländer.

Zu den aktuellen Zahlen der Studie erklären die Harzer LINKE-Landtagsabgeordnete Monika Hohmann und die Harzer LINKE-Kreisvorsitzende Evelyn Edler: »Für einen optimalen Start in die berufliche Ausbildung und in das Berufsleben bildet der Schulabschluss eine unerlässliche Grundlage. Durch die anhaltend hohe Zahl an Schülerinnen und Schüler im Harzkreis, die ohne einen Abschluss die Schule verlassen, sehen wir uns in unserer Forderung nach deutlich mehr Lehrkräften an unseren Schulen bestätigt. Die Sparpolitik der Landesregierung hat Sachsen-Anhalt in die bildungspolitische Sackgasse geführt.«

Für die Harzer Linkspolitikerinnen verdeutlicht die Studie auch die soziale Spaltung im Land: »In keinem anderen Land Europas hängt der Bildungsabschluss der Kinder so stark vom Geldbeutel und sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. Die über dem Bundesdurchschnitt liegende Schulabbrecherqoute in unserer Harzregion und in allen fünf ostdeutschen Bundesländern insgesamt spiegeln die tiefen sozialen Verwerfungen wider, die über zweieinhalb Jahrzehnte Massenarbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Perspektivlosigkeit in vielen Familien hinterlassen haben.«

Um die hohe Schulabbrecherquote wirksam zu verringern, bedürfe es aus Sicht der LINKEN höherer Investitionen in die Bildung, mehr Personal an den Schulen, auch um die Integration von Förderschülern zu gewährleisten und nicht zuletzt eine Überwindung der weit verbreiteten Kinderarmut und Einkommensarmut, die eine maßgebliche Ursache für die hohe Quote auch in unserer Harzregion sei, erklären Monika Hohmann und Evelyn Edler abschließend.

In den letzten Wochen waren wir zu Gast im Theater Naumburg - mit vier Schauspielern ist es das kleinste Stadttheater Deutschlands. Stefan Neugebauer und Katja Preuß hatten einiges zu erzählen über Vorstellungen des Umbaus der Spielstätte, über zehn geplante Premieren in der kommenden Spielzeit unter dem Titel "Lebensträume", über halbwegs gesicherte Finanzierung durch die Stadt, den Landkreis und das Land. Wir werden wiederkommen, dann vor allem, um "richtig ins Theater zu gehen". Hier geht´s nämlich zum Spielplan: https://www.theater-naumburg.de.

Kommunale Strukturen nachhaltig stärken und zukunftsgerecht weiterentwickeln

Am 1. Juli jährt sich die Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt zum zehnten Mal. Die Anzahl der Landkreise verringerte sich damals von 21 auf 11, die Städte Dessau-Roßlau und Bitterfeld-Wolfen entstanden durch Fusionen.

Hierzu erklären der Fraktionsvorsitzende Swen Knöchel und die kommunalpolitische Sprecherin Christina Buchheim:

"Die damalige Kreisgebietsreform blieb auf halbem Wege stecken, die sich aus ihr ergebenden Chancen wurden nur unzureichend genutzt.

Für DIE LINKE. waren und sind kommunale Strukturen niemals eine Frage der Lage oder der Größe. Wir messen sie daran, ob sie geeignet sind, Bürgernähe und kommunale Selbstverwaltung zu verwirklichen. Dieses Versprechen blieb bedauerlicherweise bis heute unvollendet.

Obwohl sich die kommunalen Mandatsträger wie auch die Kommunalverwaltungen um eine positive Entwicklung bemühten, konnten kaum gute Ergebnisse hinsichtlich der Neustrukturierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie bürgernaher und effektiv arbeitender Verwaltungen in den 11 Landkreisen erzielt werden. Der Abbau öffentlicher Angebote und weite Wege zum Amt sind heute traurige Realität vor Ort. Eine nur unzureichende kommunale Finanzausstattung und das dauernde Misstrauen der Landesregierung gegenüber den Gemeinden und Landkreisen haben daran maßgeblich ihren Anteil.

So ist im Hinblick auf die versprochene Funktionalreform und einer damit beabsichtigten substanziellen Aufgabenverlagerung vom Land weit weniger geschehen, als sich die Landesregierungen vorgenommen haben. In Folge der gescheiterten Funktionalreform fiel die ebenfalls versprochene interkommunale Funktionalreform aus. Den Städten und Gemeinden blieb so eine Kompetenzstärkung verwehrt. Eine interkommunale Funktionalreform sollte die öffentliche Aufgabenwahrnehmung stärker in die Städte und Gemeinden verlagern und zudem die sachliche Notwendigkeit größerer, leistungsfähiger Gemeindestrukturen begründen.

Die derzeitige Landesregierung sieht keinen Handlungsbedarf auf diesem Feld. Das halten wir für falsch. Wir halten daran fest, dass nach der Kreisgebietsreform die kommunale Strukturen zu stärken sowie nachhaltig und zukunftsgerecht weiter zu entwickeln sind."

Verdacht des Eingriffs des Justizstaatssekretärs in die richterliche Unabhängigkeit erhärtet

Zur heutigen Sondersitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung zum öffentlich bekanntgewordenen Vorwurf gegen den Staatssekretär Hubert Böning erklärt die rechtspolitische Sprecherin Eva von Angern:

"Der Eindruck hat sich verhärtet, dass der Justizstaatssekretär in unzulässiger Weise in die richterliche Unabhängigkeit eingegriffen hat, um einen früheren Termin der Berufungsverhandlung in einem Strafverfahren zu erreichen.Die Motivation des Staatssekretärs, die Bevölkerung vor einem gefährlichen Straftäter zu schützen, kann und muss dahin gestellt bleiben. Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich und die Rechte der Verfahrensbeteiligten werden vom Gericht, der Staatsanwaltschaft, der Nebenklagevertretung und der Verteidigung wahrgenommen. Es bedarf nicht nur keines weiteren Zutuns aus der Politik, sondern ein solches Eingreifen verbietet sich generell. Jede Einflussnahme auf die Terminierung berührt den Kernbereich der richterlichen Unabhängigkeit und ist unzulässig.

Ein Problembewusstsein war im Rahmen der Ausschusssitzung weder bei der Ministerin noch beim Staatssekretär erkennbar, deren Aussagen waren zum Teil widersprüchlich.

Aus Sicht der LINKEN ist das Agieren des Staatssekretärs menschlich vielleicht sogar nachvollziehbar, aber der Rolle und dem Amt eines Justizstaatssekretärs in keiner Weise angemessen.

Mit Blick auf weiteren Aufklärungsbedarf hat DIE LINKE für die nächste Sitzung des Ausschusses für Recht, Verfassung und Gleichstellung beantragt, weitere Beteiligte an diesem Vorgang hören zu wollen. Ferner sollte die vom Richterrat des Landgerichtes Magdeburg gestellte Dienstaufsichtsbeschwerde in keinem Fall vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung bearbeitet werden, um erst gar keinen Eindruck von „Befangenheit“ oder der „Vorwegnahme eines Ergebnisses“ entstehen zu lassen.

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Sa	02.09.	SOMMERFEST DIE LINKE	11.00 Uhr	Weißenfels, Bootsanleger
Di	05.09.	Infostand in Nebra	9.00 Uhr	Nebra, Markt
Do	07.09.	BO-Vorsitzendenberatung mit dem KV inkl. Kreiswahlbürositzung	16.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Do	07.09.	„The picture of the day“ - Dokumentarfilm von Jo-Anne Velin	18.30 Uhr 21.30 Uhr	Brühlcinema Zeitz
Fr	08.09.	Infostand Birke Bull-Bischoff und Lars Bryzk	9.30 Uhr	Lützen, Markt
So	10.09.	Kranzniederlegung ODF-Denkmal	10.00 Uhr	Zeitz, Altmarkt
Di	12.09.	Sitzung Fraktion DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Di	12.09.	BO-Vorstandsitzung Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstrasse 38
Di	12.09.	Stammtisch DIE LINKE	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe
Mi	13.09.	Infostand Naumburg Bahnhof	6.00 Uhr	Naumburg, Bahnhof
Mi	13.09.	REDAKTION KURIER	9.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Do	14.09.	Infostand in Hohenmölsen	10.00 Uhr	Hohenmölsen, Markt
Fr	15.09.	Infostand Bad Kösen mit Birke Bull-Bischoff	10.00 Uhr	Bad Kösen
Sa	16.09.	Infostand Naumburg	10.00 Uhr	Naumburg, Markt
Mi	20.09.	Infostand Naumburg	10.00 Uhr	Naumburg, Markt
Do	21.09.	Abschlussveranstaltung zur Bundestagswahl in Leipzig	14.30 Uhr	Leipzig
Fr	22.09.	Infostand Bad Kösen	10.00 Uhr	Bad Kösen
Sa	23.09.	Infostand Naumburg	10.00 Uhr	Naumburg, Markt
So	24.09.	WAHLTAG zur Bundestagswahl		
Di	26.09.	BO-Vorstandsitzung Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	26.09.	Stammtisch DIE LINKE.	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe

Grundlage aller terminlichen Verabredungen ist der Wahlkampfkalender des Kreisverbandes Burgenlandkreis— die hier aufgeführten Termine erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Verbindlichkeit! - Ausschlussklausel—***Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen.***

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

die im September ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

Zur Beachtung! Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.